

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag. Günter Kasal, Mag. (FH) Alexander Pawkowicz, Michael Niegl, Lisa Ullmann, Dr. Alfred Wansch, Dominik Nepp und Mitunterzeichner an das zuständige Mitglied der Landesregierung für „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ betreffend Maßnahmen zum verstärkten Zugang von Wienerinnen und Wienern zum sozialen Wohnbau, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 18. März 2016 zu Post 5

Die Wohnkostenbelastung hat für breite Teile der Wiener bereits ein nicht mehr sozial verträgliches Ausmaß angenommen. Die Flüchtlingswelle wird diese Situation weiter verschärfen. „Die Situation wird sich zuspitzen, wenn demnächst auch viele Asylberechtigte Anspruch auf eine Gemeindewohnung haben“, beschrieb SPÖ-Wohnbaustadtrat Michael Ludwig die Situation gegenüber der ‚Krone‘ im Artikel „Wohnungen: Asylwelle verschärft Situation in Wien“. Die Binnenmigration nach Wien hat im Vorjahr 42.500 Personen betragen. Hinzukommen rund 25.000 Menschen, die auf eine Gemeindewohnung warten oder bereits eine innehaben und ihre Wohnung wechseln möchten oder müssen. In Summe fehlt folglich leistbarer Wohnraum für Zehntausende Wiener.

Die gegenwärtig anhaltende Einwanderungswelle wird die Belastungen für die Wiener weiter verstärken. Geplante Abhilfe in Form des Wohnbaupakets der Bundesregierung wird durch sozialwohnungsberechtigte Flüchtlinge überkompensiert. Um leistbaren Wohnraum für junge Menschen, Familien und Senioren sicherstellen zu können, muss der Zugang anerkannter Flüchtlinge zum geförderten und mit Wohnbauförderungsmitteln errichteten Segment ausgesetzt werden. Die Flüchtlingskrise kann durch den ohnehin mehr als angespannten Wohnungsmarkt nicht bewältigt werden: So ortet etwa BUWOG-Geschäftsführer eine Angebotslücke von 11.000 Wohneinheiten für das Jahr 2015 – bei steigender Tendenz. EHL Immobilien-Geschäftsführer Michael Ehlmaier attestiert im Rahmen einer Pressekonferenz, dass es noch „nie so ein großes Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage“ gegeben habe, wie in der gegenwärtigen Situation.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Landtag wolle beschließen:

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 18. MRZ. 2016
P.L.-00902-20161001-KFPLAT
Gesch.-ftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung für „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ wird aufgefordert, dem Wiener Landtag schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die vorsieht, dass der Zugang für anerkannte Flüchtlinge zu gefördertem Wohnraum sowie mit Mitteln der Wohnbauförderung errichteten Wohneinheiten unverzüglich ausgesetzt wird.